

ANTRAG

Antragsteller*in: *Silvio Junger, Tim Hartmann, Oliver Höller*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Allgemeine Anträge*

A9: Grenzen abbauen, Zukunft aufbauen: Für ein Ende der Binnengrenzkontrollen

Antragstext

1 Seit 2015 haben mehrere europäische Staaten an ihren Schengen-Binnengrenzen
2 wieder Kontrollen eingeführt. Nach aktuellem Stand führen neben Österreich auch
3 Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Polen,
4 und Schweden temporäre Binnengrenzkontrollen durch.¹ Was ursprünglich eine
5 kurzfristige Ausnahme sein sollte, ist in vielen Ländern zum Dauerzustand
6 geworden. Das gefährdet die Grundidee der europäischen Integration:
7 Reisefreiheit und einen grenzenlosen Binnenmarkt.

8 Österreich kontrolliert weiterhin an den Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien,
9 der Slowakei, Ungarn und Slowenien. Die aktuelle Notifizierung läuft bis 15.
10 September 2026; zusätzlich hat das Innenministerium Mitte Juni 2026 die
11 Grenzraumkontrollen in Richtung dieser vier Nachbarstaaten erneut um drei Monate
12 verlängert.² Damit wird aus einer Ausnahme faktisch eine Dauerpraxis.

13 Diese Kontrollen binden erhebliche Ressourcen. Laut Budgetdienst lagen die
14 unmittelbaren Kosten des BMI für Grenzmanagement und Grenzkontrollen in den
15 zuletzt detailliert ausgewiesenen Jahren zwischen 22,5 Mio. Euro (2020) und 62,6
16 Mio. Euro (2019). Für 2023 ging der Budgetdienst von rund 40 Mio. Euro für den
17 Grenzschutz durch das BMI und rund 50 Mio. Euro für den Assistenzeinsatz
18 Grenzschutz durch das Bundesheer aus.³ Dazu kommen Verzögerungen an
19 Grenzübergängen, Zusatzkosten für Unternehmen durch Staus und
20 Lieferverzögerungen sowie Belastungen für Pendler:innen in Grenzregionen.

21 Der Schengener Grenzkodex erlaubt Binnengrenzkontrollen nur in
22 Ausnahmesituationen, zeitlich begrenzt, notwendig und verhältnismäßig. Nach
23 längerer Anwendung braucht es außerdem detaillierte Risikoanalysen, regelmäßige
24 Berichte, und bei Kontrollen von mehr als zwölf Monaten auf derselben Grundlage
25 eine Stellungnahme der Kommission.⁴

26 Genau diese Stellungnahme liegt für Österreich seit 2. Juni 2026 vor. Die
27 Europäische Kommission hält darin fest, dass sich die Migrationslage in der EU
28 deutlich verbessert hat: Die unerlaubten Grenzübertritte auf der Westbalkanroute
29 gingen 2024 um 78 Prozent zurück, 2025 sanken unerlaubte Grenzübertritte in der
30 EU erneut um 41 Prozent, und in Österreich gingen die Erstanträge auf Asyl 2024
31 um 49 Prozent zurück. Zugleich kritisiert die Kommission, dass Österreich nur
32 begrenzt darlegt, warum Aufgriffe, Rückübernahmen, Terrorismus-, und
33 Schleusungsbekämpfung an den einzelnen Grenzabschnitten eine weitere
34 Verlängerung rechtfertigen.⁵

35 Schleusungskriminalität und Sicherheitsrisiken lassen sich wirksamer durch
36 intelligente, mobile Kontrollen im Hinterland, gezielte Ermittlungen, gemeinsame
37 Streifen, Polizeikooperation, Europol- und Frontex-Zusammenarbeit sowie moderne
38 EU-Instrumente bekämpfen. Der EU-Migrations- und Asylpakt gilt seit 12. Juni
39 2026, das Entry/Exit System ist seit 10. April 2026 vollständig in Betrieb, und
40 das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem ETIAS wird im letzten
41 Quartal 2026 starten.⁶ Diese Entwicklungen sprechen dafür, europäische
42 Außengrenzen, Asylverfahren, Rückkehr, Datenabgleich, und grenzüberschreitende
43 Polizeiarbeit zu stärken, statt Binnengrenzkontrollen zu normalisieren.

44 **Wir Junge liberale NEOS - JUNOS fordern daher:**

- 45 • Die österreichische Bundesregierung soll die Grenzkontrollen an den
46 Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn, und Slowenien
47 spätestens mit Ablauf der aktuellen Notifizierung am 15. September 2026
48 auslaufen lassen und nicht erneut verlängern.
- 49 • Bis dahin soll sie eine transparente Evaluierung der bisherigen Kontrollen
50 veröffentlichen: Kosten, Personalbindung, Aufgriffe, Rückübernahmen,
51 Schleusungsfälle, Wartezeiten, und Auswirkungen auf Pendler:innen und
52 Unternehmen - jeweils nachvollziehbar nach Grenzabschnitten.
- 53 • Anstelle stationärer oder faktisch dauerhafter Binnengrenzkontrollen
54 sollen mobile, risikobasierte Kontrollen im Grenzraum und Hinterland,
55 gemeinsame Streifen mit Nachbarstaaten, Polizeikooperationszentren,
56 gezielte Ermittlungen gegen Schleusungsnetzwerke, und die neuen EU-
57 Instrumente konsequent genutzt werden.
- 58 • Österreich soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass auch
59 andere Schengen-Staaten ihre Binnengrenzkontrollen schrittweise beenden
60 und die Kommissionsempfehlungen zur Rückkehr zu einem funktionsfähigen
61 Schengen-Raum umsetzen.

- 62
- Der europäische Fokus muss auf einer gemeinsamen, effektiven und
- 63 grundrechtskonformen Kontrolle der Schengen-Außengrenzen, einem
- 64 funktionierenden EU-Asylsystem, schneller Rückkehr bei fehlendem
- 65 Schutzanspruch, und enger Sicherheitskooperation liegen – damit Sicherheit
- 66 und Reisefreiheit gleichermaßen gewährleistet werden.

67 Quellen

68 ¹ Europäische Kommission, Temporary Reintroduction of Border Control, aktuelle

69 Tabelle. [https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

70 [area/temporary-reintroduction-border-control_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

71 ² BMI, Entschlossenes Vorgehen gegen die Schleppermafia - massive Reduktion

72 illegaler Migration fortgesetzt, 14. Juni 2026.

73 <https://www.bmi.gv.at/news4652.html?id=486e4d772b30712f3373383d>

74 ³ Parlamentarischer Budgetdienst, Budgetäre Auswirkungen der Migrationswelle

75 2022, 31. Oktober 2023.

76 [https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf)

77 [Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf)

78 ⁴ Europäische Kommission, Rechtsgrundlagen und Verfahren zur temporären

79 Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen. [https://home-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

80 [affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

81 [border-control_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en)

82 ⁵ Europäische Kommission, Stellungnahme C(2026) 3560 final zu Österreich, 2.

83 Juni 2026. [https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-](https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-4efc-ae3-01e59b929552_en)

84 [4efc-ae3-01e59b929552_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-4efc-ae3-01e59b929552_en)

85 ⁶ Europäische Kommission, EES/ETIAS und Umsetzung des Migrations- und Asylpakts.

86 https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/smart-borders_en